

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2018 – 2023

Datum: 14.11.2022

SR/BeVoSr/741/2022

Gremium	Datum	Behandlung
Hauptausschuss	28.11.2022	Ö

Verfasser: Sauer, Mark

FB/Aktenzeichen:

Neustart Inklusion: Erstellung eines Aktionsplanes 'Inklusion' für die Stadt Ratzeburg

Zielsetzung:

Erstellung eines Aktionsplanes 'Inklusion' für die Stadt Ratzeburg, der konkrete Maßnahmen zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe beschreibt und Aussagen zu deren kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung beinhaltet.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Aktionsplan 'Inklusion' mit Unterstützung von Fachleuten für die Stadt Ratzeburg zu entwickeln, der konkrete Maßnahmen zur Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe beschreibt und Aussagen zu deren kurz-, mittel- und langfristigen Umsetzung beinhaltet.

Die Fachausschüsse werden gebeten, in einer übergreifenden Zusammenarbeit die Verwaltung in ihrem Auftrag zu unterstützen, ggf. in einem Arbeitskreis als Steuerungsgruppe mit Vertreter*innen aus den Fachausschüssen und zugeordneter Verwaltung.

Die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen wird gebeten, diesen Entwicklungsprozess mit der Organisation von Bürgerwerkstätten und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu begleiten.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Graf, Eckhard, Bürgermeister am 14.11.2022

Koop, Axel am 14.11.2022

Sachverhalt:

Auf Initiative der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen wurde im September das Projekt „Demokratie inklusiv“ gestartet. Ziel des Projektes ist die gemeinschaftliche und öffentliche Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplanes, um demokratische Teilhabe und Partizipation vor Ort inklusiv auszugestalten und um Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen zu motivieren, sich mit ihren Kompetenzen und Anregungen im Sinne pragmatischer Lösungen einzubringen.

In diesem Sinne wurde am 15.09.2022 ein erster Workshop in der Stadtbücherei zur Fragestellung organisiert, wie das Thema "Inklusion" in Ratzeburg wieder zu dem selbstverständlichen Stellenwert finden kann, den es nach den gesetzlichen Vorgaben in allen Bereichen des öffentlichen Handelns heutzutage haben soll. Vertreter*innen aus Kommunalpolitik, Verwaltung und Seniorenbeirat berieten dazu gemeinsam mit fachkundiger Unterstützung einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten (s. Anlage).

Ausgangspunkt der Beratungen war dabei die Beschlusslage der Stadtvertretung vom 20.03.2017 (s. Anlage) sowie die Beschlusslage des ASJS vom 08.11.2018 (s. Anlage), die sich für eine Neubesetzung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten aussprachen sowie für die Entwicklung eines städtischen Masterplanes für Inklusion.

Es wurde festgestellt, dass weder die Neubesetzung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten sowie die Entwicklung eines städtischen Masterplanes für Inklusion bislang umgesetzt wurde. Selbstkritisch und offen wurde in Arbeitsgruppen die Gründe für diesen unbefriedigenden Umsetzungsmangel erörtert.

Mit Blick auf die Entwicklung eines Master- oder Aktionsplanes 'Inklusion' wurde festgestellt, dass der zugrundeliegende Beschlusspassus der Stadtvertretung unscharf und wenig konkret in Aufgabenstellung und Zuständigkeiten beschrieben war.

In der anschließenden Diskussion wurde festgehalten, dass die Entwicklung eines solchen Aktionsplanes eine Querschnittsaufgabe für Stadtpolitik und Verwaltung wäre und als solche auch konkret beschrieben werden sollte.

Idealerweise sollte der Hauptausschuss federführend einen Beschluss zur Entwicklung eines Aktionsplanes auf den Weg bringen und einen Arbeitskreis mit Vertreter*innen aus den Fachausschüssen und zugeordneter Verwaltung als Steuerungsgruppe ins Leben rufen.

Auf Seiten der Verwaltung müsste diese Aufgabestellung mit Zielsetzung auf die beschriebene Querschnittsqualität direkt beim Bürgermeister angesiedelt werden.

Es wurde vorgeschlagen, zur Entwicklung eines Aktionsplanes 'Inklusion' auch eine Bürgerbeteiligung zu starten. Dies könnte über die Partnerschaft für Demokratie der

Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen organisiert und auch finanziert werden und analog zu den moderierten Bürgerwerkstätten „Warum allein“ innerhalb von rund 6 Monaten stadtteilbezogen umgesetzt werden. Die Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung könnten Basis für die Beratung des Aktionsplanes in den städtischen Gremien werden.

Die Arbeitsgruppe diskutierte anschließend, welche Themenbereiche ein solcher Aktionsplan idealerweise umfassen müsste:

- Mobilität
- Bildung (weit gefasst von Schule über Kita bis außerschulische Einrichtungen und Jugendzentren)
- Freizeit (vor allem auch Sport)
- Tourismus (Beispiel: barrierefreie Angelplätze)
- Verwaltung (barrierefreie Homepage, leichte Sprache)
- Orientierung (sichtbare Beschilderung)
- Barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Orten
- Sensibilisierung (allgemein in der Bevölkerung, aber auch spezifisch, z.B. bei der Baustellenabspernung auf Gehwegen mit Blick auf sehbehinderte Menschen)

Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe: Gesine Biller (Pfd), Günter Deutschmann (Seniorenbeirat), Michael Jäger (CDU), Martina Radtke (Behindertenbeirat Georgsmarienhütte), Mark Sauer (Stadtverwaltung), Karl Schneider (Pfd); Dajana Stolz (Stadtbücherei)

Ein entsprechender Auftakt zur Entwicklung eines Aktionsplanes 'Inklusion' für die Stadt Ratzeburg soll mit dieser Vorlage genommen werden.

mitgezeichnet haben:

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: keine

Anlagenverzeichnis:

mitgezeichnet haben:

